

Ein offener Brief an die Fallmanager

Sehr geehrte Mitarbeiter der Jobcenter,

Ihnen ist sicherlich bekannt, dass sich in der deutschen Bevölkerung ein immer stärkerer Widerstand gegen die so genannte „Hartz IV-Gesetzgebung“ und deren Umsetzung bildet. Führende Sozialrechtler sehen diese Reform als gescheitert an.

Wir verurteilen selbstverständlich jegliche Form der Gewaltausübung gegen die in Jobcentern beschäftigten Menschen. Es ist uns jedoch bewusst, dass Sie, als Fallmanager, Teamleiter oder Mitarbeiter der Leistungsabteilung, eine gewaltige Verantwortung haben. Der hier häufig stattfindende Machtmissbrauch wird von Sozialgerichten in einer Vielzahl von Fällen gerügt.

- Wir wenden uns gegen Zwangsumzüge, die zu einer Ghettoisierung von Stadtteilen und in der letzten Konsequenz zu Obdachlosigkeit führt. Die steigenden Mietpreise werden diese Situation noch verschärfen.
- Wir fordern ein freiwilliges Sanktionsmoratorium, dies besonders innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft. Das Unterschreiten des erforderlichen Existenzminimums führt zu einer „Sippenhaft“ des Partners und unbeteiligter, minderjähriger Kinder.
- Die „Ermessensentscheidung“, fallweise Lebensmittel-Gutscheine zu verteilen ist entwürdigend. Der Verweis auf die „Tafeln“ führt zu einer bedenklichen Verlagerung der Fürsorgepflicht des Staates in privatwirtschaftliche Bereiche - diese Praxis muss grundsätzlich neu überdacht werden.
- Wir verlangen ungeschönte Zahlen bezüglich der Krankheits- und Todesfälle (darunter der Anteil der Suizide), die durch verhängte Sanktionen auf eine mangelnde Gesundheits- und/ oder Lebensmittelversorgung zurückzuführen sind. Besonders die Zahl der dadurch entstandenen psychischen Erkrankungen ist zu ermitteln. Zu den genannten Auswirkungen der Sanktionspraxis muss eine unabhängige Studie erstellt werden.

Unter ihnen mag es viele geben, die innerlich eher auf der Seite ihrer bemitleidenswerten Kunden stehen. Doch auch Ihnen droht der Verlust des Arbeitsplatzes, wenn sie nicht mit der durch ihre Vorgesetzten definierten Härte durchgreifen. Zwar ist das dann nicht mehr das Hartz-IV-System, das der Legislative einmal vorschwebte – doch der Zweck der Kosteneinsparung heiligt inzwischen offenbar alle Mittel.

Hier wäre von Ihrer Seite ganz eindeutig jene Zivilcourage gefragt, die französische Arbeitsberater schon vor einiger Zeit zum Ausdruck gebracht haben. Dazu eine Erklärung der entsprechenden Gewerkschaft in übersetzter Form:

"Die Würde des Menschen ist unantastbar oder: Wie in Frankreich das Deutsche Grundgesetz beachtet wird"

Erklärung zur beruflichen und bürgerlichen Ethik von Sud ANPE (Gewerkschaft in der Agentur für Arbeit in Frankreich):

„Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitssuchenden zu helfen eine Beschäftigung zu finden, denn das erwarten die Arbeitssuchenden von uns. Aber es gibt einfach keine Arbeit für alle. Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur wird keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die Arbeitssuchenden, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden.

Wir, die Beschäftigten der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind.

Wir verweigern uns sie auszugrenzen und wir werden keine Streichungen mehr durchführen, ohne vorher die moralischen und menschlichen Folgen mit zu beachten. Wir schlagen Angebote vor, wir zwingen aber Angebote nicht auf. Wir werden die Arbeitssuchenden nicht zwangsweise in Denkschubladen staatlicher Vorgaben stecken. Wir erpressen sie auch nicht mit Streichung. Wir verweigern uns auch, der Wut der Arbeitssuchenden ausgesetzt zu werden. Wir verweigern uns, eine soziale Polizei zu sein, angewiesen zur Unterdrückung, anstatt als öffentlicher Ratgeber für Beschäftigung agieren zu können.

Weder Arbeitssuchende noch Beschäftigte der ANPE sind verantwortlich für den Zustand des Arbeitsmarktes und für die wachsende Prekarisierung. Wir sind mit den Arbeitssuchenden solidarisch.

Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote und leere Unterhaltungen zu produzieren und wir werden unsere beruflichen Praktiken dazu einsetzen, den Nutzern unserer Dienste zu helfen, im vollen Respekt ihrer bürgerlichen Rechte."

Wir fordern ein vollständiges Umdenken auch der deutschen Arbeitsberater und Fallmanager unter Einbeziehung der realistischen Arbeitsmarktzahlen. Wir fordern eine Konzentration auf die Arbeitsvermittlung statt auf Sanktionierungsquoten und Statistiken.

Wir fordern die Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der EU-Charta der Grundrechte und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zum Wohle der Arbeitssuchenden und zur Entspannung des sozialen Klimas in Deutschland.

Die Sanktionspolitik der Jobcenter kann kein Mittel eines Staates sein, der seine Bürger achtet. Wir bitten Sie deshalb eindringlich, dem respektvollen und menschlichen Beispiel Ihrer französischen Kollegen zu folgen.

Michael Passlack

Initiative für soziale Gerechtigkeit e.V., Wiesbaden